

Verletzungen vorzubeugen. In der Diskussion hatte nämlich der Vorsitzende der Ständigen Kommission Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz darauf hingewiesen, daß keine Verbindungen zwischen den ständigen Kommissionen und den Fachabteilungen des Rates bestehen. Im Beschluß wird der Sekretär des Rates verpflichtet, die Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung zurückzuweisen, in denen die Fragen der Sicherheit und Ordnung, des Schutzes des gesellschaftlichen Eigentums und der Erziehung unserer Menschen zur Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit nicht enthalten sind. Gleichermaßen werden alle Betriebsleiter der volkseigenen Betriebe der Stadt Cottbus verpflichtet, die Aufmerksamkeit der Ständigen Produktionsberatungen sowie der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften auch auf diese Fragen zu lenken. Auf dem Gebiet des Handels wies die Stadtverordnetenversammlung die Direktoren der Handelsbetriebe auf die verstärkte Einbeziehung der Bürger der Stadt Cottbus hin, um mit deren Hilfe die Qualität der Arbeit der Handelsorgane zu verbessern. Die Direktoren werden durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung z. B. verpflichtet, in die Kontrolltätigkeit die Vertreter der HO-Beiräte und der Verkaufsstellenausschüsse mit einzubeziehen und Minus- oder Plusdifferenzen im gesamten Kollektiv der Verkaufsstelle auszuwerten.

In der Beratung des Bezirkstags erläuterte der 1. Stellvertreter an zahlreichen Beispielen den Zusammenhang, der zwischen der Lösung der ökonomischen Aufgaben und den Fragen der Sicherheit und Ordnung besteht. Überall dort, wo diese Fragen nicht ressortmäßig behandelt, sondern miteinander verbunden wurden, zeigten sich Erfolge in der Festigung der Sicherheit und Ordnung und in der Übererfüllung des Volkswirtschaftsplans.

Wie der Kampf gegen Störungen in der Produktion richtig organisiert werden muß, lehrt das Beispiel des VEB Energieversorgung Cottbus. Durch eine ständige Auswertung aller betrieblichen Störungen mit den Arbeitern gelang es, die Störungsquote auf 0,6 Prozent im Dezember 1960 zu senken und dadurch die Produktion zu steigern. Daran hatte auch die laufende Qualifizierung der Werktätigen einen wesentlichen Anteil.

In vielen Betrieben des Bezirks wird in den sozialistischen Brigaden die Bewegung, „unfallfrei“ zu arbeiten, immer stärker mit den Fragen der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit verbunden. Dabei haben viele Brigaden, insbesondere auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit, große Erfolge errungen. So hat z. B. die Brigade „Freie Fahrt“ der Werkbahn des BKW „Franz Mehring“ einen Aufruf an alle Werkbahnbetriebe der WB Kohle gerichtet, im Jahre 1961 unfallfrei zu fahren. Sie selbst hatte ihre Havarieschäden im Jahre 1960 auf eine Minimalsumme von 300 DM gesenkt.

Durch Betriebsstörungen und Brände kam es im Kombinat „Schwarze Pumpe“ zu Schwierigkeiten in der Produktionserfüllung. Allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 1960 entstanden zahlreiche Brände innerhalb der Brikettfabrik und verhältnismäßig viel Waggonbrände in- und außerhalb des Werkes. Durch eine Brigade der WB Kohle und die Sicherheitsorgane wurde gemeinsam mit den Kumpeln und der technischen Intelligenz der Kampf um die Beseitigung dieses Schwerpunkts aufgenommen. Zuerst wurde darüber Klarheit geschaffen, daß Brände keine gesetzmäßige Erscheinung sind und vermieden werden können. Es gelang der Brigade, bei allen Werkangehörigen ideologische Klarheit zu schaffen und ihre Initiative zu entfalten. Im IV. Quartal 1960 hatte sich daraufhin die Qualität der Briketts wesentlich verbessert. Betriebsstörungen und Brände wurden verhütet und der Produktionsplan übererfüllt.

Der 1. Stellvertreter des Ratsvorsitzenden hob die Bedeutung dieses Beispiels hervor, weil es zeigt, daß bei komplexer Arbeit unter Führung der Partei der Arbeiterklasse auch in den schwierigsten Situationen in den Fragen der Ordnung und Sicherheit entscheidende Erfolge erzielt werden können, die im Ergebnis zu ökonomischen Erfolgen führen.

Ein Mangel in der bisherigen Arbeit des Staatsapparats des Bezirks Cottbus lag jedoch darin, daß derartige Beispiele ungenügend verallgemeinert und zur Mobilisierung der Werktätigen anderer Betriebe genutzt wurden, wo die gleichen oder ähnliche Schwierigkeiten auftraten. In den Beschluß des Bezirkstages wurde daher die Forderung aufgenommen, daß ständig zu den Fragen des sozialistischen Rechts und der Ordnung und Sicherheit vor der Bevölkerung Stellung zu nehmen ist, um sie zur Erhöhung der Wachsamkeit und des Schutzes der DDR zu erziehen¹. Ferner muß die Zusammenarbeit zwischen den Organen der Volksvertretungen, den Fachabteilungen des Rates und den Organen der Rechtspflege enger gestaltet werden. Dabei sind die Probleme in den ständigen Kommissionen, dem Rat und seinen Fachabteilungen ständig zu behandeln und Maßnahmen zu ihrer Lösung einzuleiten. Der Bezirksstaatsanwalt wird im Beschluß verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Kreisstaatsanwälte ihrer gesetzlich festgelegten Aufsichtspflicht gegenüber den Räten und ihren Fachabteilungen gewissenhaft nachkommen, um eine den Prinzipien unserer sozialistischen Gesetzmäßigkeit entsprechende Arbeit zu sichern.

Der 1. Stellvertreter behandelte in seinem Referat auch die große Bedeutung der verantwortlichen Arbeit der Schöffen. Er stellte hierzu fest, daß die Richter und Schöffen immer enger mit den Werktätigen zusammenarbeiten. In den Verhandlungen ringen die Gerichte darum, allseitig die Ursachen der strafbaren Handlungen aufzudecken und Wege zu ihrer Beseitigung zu suchen. Dabei verbessert sich immer mehr die Zusammenarbeit der Gerichte mit den örtlichen Organen der Staatsmacht und den Konfliktkommissionen. Das Bemühen der Gerichte, Wege zur wirksameren Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität zu weisen, findet jedoch noch zu wenig seinen Niederschlag in den Urteilen, obwohl es für die Vorbereitung und Durchführung der Verhandlung bei den Gerichten gute Beispiele gibt.

Zur Vorbereitung der Tagung des Bezirkstages war es gelungen, alle ständigen Kommissionen mit einzubeziehen und schon den Bericht zu einer kollektiven Einschätzung werden zu lassen. In der Diskussion, an der sich 15 Abgeordnete und Gäste beteiligten, berichteten insbesondere Mitglieder der ständigen Kommissionen, wie mit Hilfe der Werktätigen Hemmnisse überwunden werden konnten. Dabei zeigte sich aber, daß die Fachorgane des Staatsapparates sich noch zu wenig auf die Initiative der Bevölkerung stützen und sie ungenügend in ihre Tätigkeit einbeziehen.

Der Bezirkstag Cottbus beschloß, seinen Beschluß Nr. 48/60 zu überarbeiten und im Juli den neuen Entwurf zu beraten. Zur Vorbereitung dieser Tagung haben die Stellvertreter des Vorsitzenden in den ständigen Kommissionen, in ihren Fachabteilungen und unter der Bevölkerung den Beschluß zur Diskussion zu².

¹ Kern- und Jäckel heben in Ihrem Beitrag „Unser Recht — ein Instrument zur Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung“ (Sozialistische Demokratie vom 5. Mai 1961, Nr. 18, S. 5) hervor, daß die Schlußfolgerung des Bezirkstages richtig ist, diese guten Erfahrungen des Kombinats „Schwarze Pumpe“ durch die WB Kohle schnellstens in allen Braunkohlenwerken der Republik zu verallgemeinern. Gleichzeitig meinen sie aber, daß der Bezirkstag Cottbus hierbei nicht hätte stehenbleiben, sondern ebenfalls Schlußfolgerungen für seine eigene staatliche Leitungstätigkeit hätte ziehen sollen. Denn es geht doch darum, die Arbeit des Rates und seiner Fachabteilungen sowie aller Organe des Staats- und Wirtschaftsapparates auf neue Weise zu organisieren und durch ihre Tätigkeit die Durchsetzung des Rechts und der Gesetzmäßigkeit zu garantieren.
D. Red.